



IRS BRANDENBURGER Regionalgespräche

36. Brandenburger Regionalgespräch: Ländliche Regionen in Aktion: Probleme und Perspektiven im Umgang mit dem Rechtsextremismus

Fotos: Nathalie Sensevy (li.), Peter van Heesen (re.)

Andreas Grau | Universität Bielefeld | Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Brandenburg

Die Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat seit 2002 über zehn Jahre hinweg die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen Adressatengruppen in Deutschland untersucht. Es geht um die Abwertung von Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen. Der Forschungsansatz geht davon aus, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen ein Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bilden, in dessen Zentrum eine Ideologie der Ungleichwertigkeit steht. Dies konnten Zick et al. (2008) empirisch bestätigen.

Das Projekt ist das weltweit größte Vorurteilsprojekt, sowohl durch die zehnjährige Laufzeit als auch aufgrund der differenzierten Berücksichtigung verschiedener Vorurteile und ihrer Ursachen. Im Zeitraum von 2002 bis 2011 erfolgte jährlich eine telefonische Befragung einer repräsentativen Auswahl der deutschen Bevölkerung.

Gefördert wurde die Studie von einem Stiftungskonsortium unter Federführung der VolkswagenStiftung und unter Beteiligung der Möllgaard-Stiftung sowie der Freudenberg-Stiftung.

Im Rahmen des Vortrages werden einerseits Zeitverläufe Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter Berücksichtigung politischer Einstellungen und soziodemografischer Merkmale vorgestellt. Andererseits werden Erklärungsfaktoren (bspw. negative ökonomische Entwicklung) fokussiert, die mit Abwertung und Diskriminierung von schwachen Gruppen im Zusammenhang stehen. Dabei wird auch eine Differenzierung der Ergebnisse für die ost- und westdeutschen Bundesländer sowie für Brandenburg vorgenommen. Des Weiteren wird ein kurzer Einblick dazu gegeben, was Menschen davon abhält, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

Gerade ländliche Räume sind in einen Prozess des Wandels durch Politikwechsel, Ökonomisierung und Migration geraten. Insbesondere die ländlichen Regionen Ostdeutschlands sind bereits heute durch einen enormen Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitigem Anstieg des Durchschnittsalters der Bewohnerinnen und Bewohner gekennzeichnet. Gleichwohl sind es auch in den westlichen Bundesländern vor allem ländliche, abgelegene Kreise, die zu den Verlierern sowohl der demografischen als

auch der wirtschaftlichen Entwicklung zählen (vgl. Kröhnert, Medicus, Klingholz, 2006, S. 11). Unter den 13 Kreisen und kreisfreien Städten, für die eine besonders negative ökonomische und demografische Entwicklung prognostiziert wird, befinden sich mit den Landkreisen Coburg und Hof (beide Bayern) lediglich zwei aus den westdeutschen Bundesländern. Der Rückgang der Bevölkerung und der Wegzug der Jüngeren, der aus prekären ökonomischen Bedingungen resultiert, verschärfen die Verknappung von Ressourcen.

Studien des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) zeigen, dass die Abwertung schwacher Gruppen – und damit verbunden ein Nährboden für rechtsextreme Ideologien und Akteure – bei Personen stärker ausgeprägt ist, die das Gefühl haben, dass sich die Politiker ohnehin nicht für sie interessieren und dass ihre Stimme ohnehin nicht gehört wird (Marth, Grau, Legge, 2010). Andererseits zeigen Studienergebnisse aber auch, dass die Bereitschaft, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren dann geringer ausgeprägt ist, wenn die Bürgerinnen und Bürger der Auffassung sind, Rechtsextremismus werde in den Medien hochgekocht (Zick, Küpper, Legge, 2009). Hier haben lokale Medien bei den Bürgerinnen und Bürgern einen Vertrauensvorsprung gegenüber überregionalen Medien. Denn die Lokalredakteure sind jeden Tag „vor Ort“ und kommen nicht nur für wenige Stunden oder für eine einmalige bzw. selektive Recherche vorbei. Weitere Barrieren für das Engagement gegen Rechtsextremismus sind mangelnde Ideen oder Informationen darüber, was gegen rechtsextreme Aktivitäten und Akteure unternommen werden kann (Zick, Küpper, Legge, 2009). In Befragungen äußern deutlich mehr Personen eine Engagementbereitschaft, als sich tatsächlich engagieren. Ein Hinderungsgrund ist dabei, dass die Befragten nicht wissen, was sie gegen Rechtsextremismus tun können. Gerade in ländlichen Regionen ist der Anteil derjenigen, die ratlos sind, höher als in städtischen oder stadtnahen Gegenden.

Quellenangaben:

Kröhnert, S.; Medicus, F.; Klingholz, R. (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Marth, J. Grau; A.; Legge, S. (2010): Fremdenfeindlichkeit: Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 9, S. 61–81. Berlin: Suhrkamp.

Zick, A.; Küpper, B.; Legge, S. (2009): Nichts sehen, nichts hören, nichts tun. Couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus in Ost und West. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 7, S. 168-189. Berlin: Suhrkamp.

Zick, A.; Wolf, C.; Küpper, B.; Davidov, E.; Schmidt, P.; Heitmeyer, W. (2008): The syndrome of group-focused enmity: Theory and test. *Journal of Social Issues*, 64, S. 363-383.

Kontakt:

Andreas Grau, Tel.: (0521) 106-3195, andreas.grau@uni-bielefeld.de